

Fragen

für die Fragestunde der 168. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Mai 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke)	15, 16	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	21, 22
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 55	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	24
Bernstein, Melanie (CDU/CSU)	10, 11	Möhring, Cornelia (Gruppe Die Linke)	29, 33
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Pahlmann, Ingrid (CDU/CSU)	8, 25
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	42, 43	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	2, 60
Bystron, Petr (AfD)	39, 40	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	20, 36
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	41, 50	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	26, 54
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	58, 59	Rehbaum, Henning (CDU/CSU)	23
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	34, 35	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	56, 57
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	44, 45	Reichinnek, Heidi (Gruppe Die Linke)	53
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	46, 47	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	37, 38
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	1, 31	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	30, 32
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	51, 52	Schattner, Bernd (AfD)	6, 7
Janssen, Anne (CDU/CSU)	9, 17	Schmidt, Eugen (AfD)	48, 49
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	27, 28	Wiesmann, Bettina Margarethe (CDU/CSU)	12, 13
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	14	Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	3, 18

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	20

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU) Wann ist mit einem Start des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarten Investitionsprogramms zum weiteren Ausbau von Kita-Plätzen zu rechnen, und was sind die wesentlichen Eckpunkte – etwa hinsichtlich der Höhe der Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt – des Programms?
2. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Sind der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus in den letzten beiden Kalenderjahren Fälle bekannt geworden, bei denen Fördermittel des Programms „Demokratie Leben!“ nicht den Förderrichtlinien entsprechend verwendet wurden, und wenn ja, wurden in diesen etwaigen Fällen Mittel zurückgefordert (vgl. TichyEinblick – www.tichyseinblick.de/meinungen/dragqueen-workshops-paus/, zuletzt abgerufen am 18. April 2024)?
3. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU) Welche Schlüsse für ihr Handeln zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingesetzten Arbeitsgruppe (AG) Frühe Bildung, nach der das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ eine „effektive Strategie“ zur „gezielten Qualitätsentwicklung und Unterstützung von Einrichtungen in besonders herausfordernder Lage“ (Bericht der AG Frühe Bildung, S. 37) dargestellt habe?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Aus welchen Gründen verschließt sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beim Demokratiefördergesetz einer Extremismusklausel, mit der sich zivilgesellschaftliche Projekte dem Grundgesetz verpflichten (www.tagesspiegel.de/demokratiefoerderung/gesetz-ohne-extremismusklausel-9032572.html)?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie viele Personen werden nach Schätzung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von dem Selbstbestimmungsgesetz voraussichtlich profitieren, und auf welcher Grundlage erfolgt diese Einschätzung?
6. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung in Person von Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus Kenntnis darüber, wie viele Paare momentan in Deutschland in Scheidung leben?

7. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Hat die Bundesregierung in Person von Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus Kenntnis darüber, wie viele Frauen in Deutschland momentan alleinerziehend sind?
8. Abgeordnete
Ingrid Pahlmann
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung einiger Sachverständiger in der Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages zum Freiwilligen-Teilzeitgesetz, Maßnahmen zur Akquise und Öffentlichkeitsarbeit förderfähig zu machen und zu refinanzieren, um das volle Potenzial von Freiwilligendiensten auszuschöpfen?
9. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten des Niedersächsischen Städtetages von vor wenigen Wochen (siehe www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Ganztag-fuer-Grundschulkinder-ab-2026-nicht-ueberall-moeglich,ganztagsbetreuung118.html), dass es nicht möglich sei, die rechtlich festgeschriebene Betreuung bis in den Nachmittag hinein an allen Grundschulen zum Schuljahr 2026/2027 zu gewährleisten, und sieht die Bundesregierung dadurch weiteren Handlungsbedarf, und wenn nein, warum nicht?
10. Abgeordnete
Melanie Bernstein
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung, um angesichts gefährlicher Online-Trends wie z. B. der kürzlich auf TikTok zirkulierenden Fake News über einen vermeintlichen „National Rape Day“ am 24. April sowie sogenannter TikTok-Challenges den Kinder- und Jugendschutz durch Aufklärung und Prävention zu stärken?
11. Abgeordnete
Melanie Bernstein
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung eigene Maßnahmen hinsichtlich des in Belgien geltenden Verbots sogenannter „Lootboxen“, um Kinder und Jugendliche vor den Gefahren dieser „virtuellen Beutekisten“ zu schützen, und wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?
12. Abgeordnete
Bettina Margarethe Wiesmann
(CDU/CSU)
- Wurden bisher von Zuwendungsempfängern des Programms „Demokratie leben!“ Fördergelder zurückverlangt oder die Auszahlung vor Projektende eingestellt, und wenn ja, wie oft, und aus welchen Gründen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 2 sowie auf die dazugehörigen Nachfragen, Plenarprotokoll 20/165, S. 21192)?

13. Abgeordnete
Bettina Margarethe Wiesmann
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die laut § 29b des Jugendschutzgesetzes drei Jahre nach Inkrafttreten (also am 1. Mai 2024) vorgesehene Evaluation durchführen und dem Deutschen Bundestag darüber berichten?
14. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Gibt es aus Sicht der Bundesregierung die meines Erachtens bestehende Gefahr, dass Eltern von Kindern unter 14 Jahren eigenmächtig entgegen dem Interesse der Kinder eine Änderung des Geschlechtseintrags ihrer Kinder nach dem neuen Selbstbestimmungsgesetz veranlassen oder gar manipulativ auf das Kind einwirken, sich zu einer solchen Entscheidung zu bekennen, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen würden Kinder hiervor geschützt werden?
15. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wann wird der Arbeitsstab zur Etablierung der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention seine Arbeit abgeschlossen haben, sodass die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP versprochene Koordinierungsstelle zeitnah ihre Arbeit aufnimmt, und inwieweit wird die Koordinierungsstelle, wie nach meiner Kenntnis von vielen Organisationen gewünscht, mit einem klaren Mandat ausgestattet und hoch in der administrativen Hierarchie verankert sein, um die verschiedensten Ressorts zu koordinieren (vgl. www.bmfsfj.de/resource/blob/183606/fb14953b4d67ab87db0a0dbe57acdd5c/buendnis-istanbul-konvention-alternativbericht-data.pdf, S. 27)?
16. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wieso wurde – entgegen der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 20 Plenarprotokoll 20/165 – die von der Bundesregierung angekündigte Familienstartzeit als Teil der EU-Richtlinie von 2019 zur Partner-Auszeit nach der Geburt, die verbindliche Mindeststandards für die Mitgliedstaaten formuliert, die eigentlich bis August 2022 hätte umgesetzt werden müssen, noch nicht umgesetzt, woraufhin die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat (vgl. Berliner Morgenpost vom 30. April 2024, S. 2, „Familien müssen warten“), und hat dies neue Auswirkungen hinsichtlich des Vertragsverletzungsverfahrens, und wenn ja, wie ist der aktuelle Stand diesbezüglich?

17. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU)
- Woraus ergibt sich die Aussage in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 22, Plenarprotokoll 20/165, dass die Bundesregierung keine finanziellen Schäden von Kommunen erwartet, die Maßnahmen, welche durch das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern nicht mehr gefördert werden konnten, im Investitionsprogramm Ganztagsausbau neu zur Förderung beantragen müssen, vor dem Hintergrund, dass beispielsweise die Gemeinde Hesel in Niedersachsen nach mir vorliegenden Informationen in einem neuen Förderantrag über 200.000 Euro geringere Zuwendungen erhalten würde (sofern der Förderantrag genehmigt wird) und zudem die ausgezahlten Mittel zuzüglich Zinsen (über 30.000 Euro) zurückzahlen muss, sodass insgesamt ein finanzieller Schaden von über 270.000 Euro entsteht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

18. Abgeordnete
**Mareike Lotte
Wulf**
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse für ihre Arbeit in Hinblick auf Kinder und Jugendliche zieht die Bundesregierung – insbesondere in Hinblick auf das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigte Vorhaben einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Transmenschern – aus der Tatsache, dass der National Health Service (NHS) in Großbritannien kürzlich die Verschreibung von Pubertätsblockern für Kinder und Jugendliche mit Geschlechtsdysphorie aufgrund von fehlender wissenschaftlicher Evidenz über Wirksamkeit und Nebenwirkungen verboten hat?
19. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es auch in der Bundesregierung Überlegungen zu einem sogenannten Renditedeckel für die Bereiche Gesundheit und Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge, wie jüngst im Europaparlament gefordert (siehe dazu:

20. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen im Rahmen des jeweils als Referentenentwurf vorliegenden Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (siehe www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/detail/krankenhau-sversorgungverbesserungsgesetz-khvvg.html) und des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (siehe www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/detail/gvsg.html) will die Bundesregierung die wohnortnahe psychiatrische Versorgung in Krankenhäusern sichern bzw. verbessern, und welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung darüber hinaus zur Stärkung der wohnortnahen stationären psychiatrischen Versorgung in Deutschland?
21. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wann ist nach Kenntnis der Bundesregierung mit der vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach öffentlich versprochenen, vollständigen Entschwärzung der Dokumente des Robert Koch-Instituts (die sogenannten RKI-Files) zu rechnen (www.nordkurier.de/politik/angst-vor-verschwörungstheorien-lauterbach-versprechen-noch-nicht-eingeloeset-2506489)?
22. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie lange müssen Kinder nach Kenntnis der Bundesregierung momentan im Durchschnitt auf standardmäßige Hals-Nasen-Ohren-Operationen (wie das Einsetzen von Paukenröhrchen) warten (bitte Gesamtzahl der Kliniken und Angebotsumfang angeben), und welche Spätfolgen kann ein eventueller Mangel hier bewirken (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Kinder-muessen-monatelang-auf-HNO-Operationen-warten,hno110.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

23. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU)
- Inwieweit wird das heutige Engagement der Schenker AG (DB Schenker) im Bereich militärischer Transporte für die Bundeswehr und verbündete Streitkräfte beim Verkauf des Unternehmens berücksichtigt und dieses als Bedingung für den Erwerb vertraglich fixiert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

24. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Anträge sind beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) zum Wildnisfonds des Bundes in der Trägerschaft Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH eingegangen und in den Jahren 2021 bis 2023 bewilligt worden (bitte aufschlüsseln nach Jahr und bewilligten Projekten)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

25. Abgeordnete
Ingrid Pahlmann
(CDU/CSU)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Anrechnung von in Teilzeit geleisteten Freiwilligendiensten auf Wartesemester sowie auf die Anerkennung an Stelle eines Praktikums zum Erreichen des praktischen Teils der Fachhochschulreife vor?
26. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wer hat nach Kenntnis der Bundesregierung nach welchen allgemeinen Grundsätzen die Herausgeber und die Autoren für das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Offener Zugang zum Grundgesetz (OZUG)“ (www.jura.uni-hannover.de/de/forschung/forschungsbereiche/einzelansicht/projects/offener-zugang-zum-grundgesetz-ozug) ausgewählt, und erfolgte die Auswahl der Autoren jeweils für jeden einzelnen Grundgesetzartikel?
27. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Nutzen nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Start-ups Rechenkapazitäten am Forschungszentrum Jülich sowie an den anderen Supercomputing-Rechenzentren im Rahmen des Gauss Centre for Supercomputing, und falls ja, wie viele Start-ups nutzen diese?
28. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen bis zum 2. Mai 2024 konkrete Finanzierungsvorschläge zur Umsetzung eines Digitalpakts 2.0 unterbreitet, und wenn ja, wie viele Mittel sollen nach Vorstellung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2025 für den Digitalpakt 2.0 bereitgestellt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

29. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Wie hat sich laut Kenntnis der Bundesregierung der Bundeshaushalt für entwicklungspolitische Mittel an die am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries – LDC) in den letzten zehn Jahren bis heute entwickelt (bitte nach Haushaltsjahren, absoluten Mitteln, Anteil am jährlichen deutschen Bruttoinlandseinkommen tabellarisch aufführen), und welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die im Jahr 2023 auf der UN-Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder gemachten Zusagen zu erfüllen, damit „die reichen Länder 0,2 Prozent ihres Bruttoinlandseinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit mit den LDC zur Verfügung stellen“ (www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/bmz-verstaerkt-unterstuetzung-fuer-aermste-laender-146524)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

30. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen hat der Runde Tisch „Serielles, modulares & systemisches Bauen“ in der Bundesstiftung Bauakademie gegen Obdachlosigkeit sowie im Bereich inklusives und barrierefreies Wohnen hervorgebracht?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

31. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Inwiefern erfolgte im Rahmen der Beantwortung der Presseanfrage des „ZDF Magazin Royale“ durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) am 26. März 2024 (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 35, Plenarprotokoll 20/165) eine Abstimmung zwischen dem BPA und dem Bundeskanzleramt, bei dem die Anfrage ebenfalls eingegangen ist (bitte angeben, ob der Antwortentwurf dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes Wolfgang Schmidt vorlag, und falls ja, wann, und wurden durch diesen Änderungen an dem Entwurf vorgenommen), und lagen die Anfrage und/oder die Antwort auch dem Bundeskanzler Olaf Scholz vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

32. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung den Absatzeinbruch im Modernisierungsmarkt (der Absatz moderner Wärmeerzeuger legte im ersten Quartal 2024 ein Minus von 29 Prozent hin, Wärmepumpen lagen sogar bei minus 52 Prozent) trotz Inkrafttreten des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zum 1. Januar 2024 und bestehenden Förderprogrammen, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung den retardierenden Effekt des Wärmeplanungsgesetzes und die meiner Ansicht nach damit verlorene Zeit für den Klimaschutz im Gebäudebereich ausgleichen?
33. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele private Unternehmen gleich welcher Rechtsform sind laut Kenntnis der Bundesregierung aktuell in Deutschland registriert mit mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (bitte aufschlüsseln nach deutschen Unternehmen und ausländischen Unternehmen), und wie groß ist der Anteil dieser Unternehmen an der Gesamtheit aller in Deutschland registrierter Unternehmen (bitte aufschlüsseln nach Anzahl, prozentualem Anteil, deutschen Unternehmen und ausländischen Unternehmen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Finanzen**

34. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Welche Kosten sind bisher durch die Beauftragung des Beratungsunternehmens Roland Berger Holding GmbH & Co. KGaA in Zusammenhang mit der Errichtung des Bundesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität angefallen bzw. werden voraussichtlich noch entstehen, und wie viel Personalaufwand in Vollzeitäquivalenten wurde dabei von der Roland Berger Holding GmbH & Co. KGaA erbracht (bitte ggf. nach den beauftragten Unternehmen aufschlüsseln; vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article249785550/Aufbau-des-Finanzkriminalamts-Und-dann-zahlt-Lindner-Millionen-fuer-einen-Unternehmensberater.html)?
35. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Arbeitgeberprüfungen hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019 bis 2022 in Brandenburg durchgeführt, und wie viele Verstöße gegen das Mindestlohngesetz wurden dabei festgestellt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
36. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Überlegungen verfolgt die Bundesregierung, im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2025 die Steuerbegünstigungen von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen zu beschneiden oder gar zu streichen (vgl. www.focus.de/finanzen/news/grosser-ueberblick-steuern-wohnmobil-nachtzuschlaege-das-bedeutet-lindners-streichliste-fuer-sie_id_259902550.html), und welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf die Motivation hunderttausender Pflegekräfte in der stationären Pflege (eine Berufsgruppe mit schon heute hohem Fachkräftemangel; vgl. u. a. www.deutschlandfunk.de/pflege-fachkraeftemangel-zukunftsaussichten-100.html), wenn ihnen diese Form von staatlicher Anerkennung für ihre belastenden Tätigkeiten in Nachtschichten, an Sonn- und Feiertagen, an denen diese Menschen die Gesundheitsversorgung unserer alten und kranken Mitmenschen sicherstellen, genommen werden sollte?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

37. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke) Wie viele und welche Gewaltstraftaten zum Nachteil von Ukrainerinnen und Ukrainern oder aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskrieges geflüchteten Drittstaatsangehörigen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 1. März 2022?
38. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke) Wie viele behördliche Verfahren sind infolge des am 15. Januar 2003 gegen die Organisation Hizb ut-Tahrir sowie deren Vorfeld- und Unterstützerorganisationen verhängten Betätigungsverbots nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils eingeleitet worden (bitte nach straf-, vereins-, aufenthalts-, gewerbe- oder sonstigen verwaltungsrechtlichen Verfahren aufschlüsseln)?
39. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD) Wie viele deutsch-russische Staatsangehörige (mit doppelter Staatsangehörigkeit) sowie deutsch-türkische (mit doppelter Staatsangehörigkeit) gibt es zum aktuellen Zeitpunkt in Deutschland (vgl. www.nzz.ch/feuilleton/medienkritik-geschichte-der-russlanddeutschen-ld.1827141)?
40. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD) Wie viele der 1.100 Teilnehmer an der Kalifat-Demo von „Muslim Interaktiv“ in Hamburg sind nach Kenntnis der Bundesregierung vollziehbar ausreisepflichtig (vgl. www.derstandard.at/story/3000000218734/nach-kalifat-rufen-in-hamburg-sind-wir-zu-sanft-zu-islamisten)?

41. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)

Warum führt nach Kenntnis der Bundesregierung die bestehende Wehrpflicht in der Ukraine grundsätzlich nicht zu einer Unzumutbarkeit für die Passbeschaffung im Herkunftsland Ukraine (www.fr.de/politik/ukraine-wehrpflicht-deutschland-maenner-fluechtlinge-auslieferung-dilemma-93055259.html) vor dem Hintergrund des Grundrechts auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe (Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes) sowie des Umstandes, dass männliche Staatsangehörige der Ukraine im wehrfähigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren im Ausland keine Reisepässe mehr ausgestellt bekommen und ggf. nach Einreise in die Ukraine das Land nicht wieder verlassen können vor dem Hintergrund, dass in der Ukraine der Kriegsdienst aus Gewissensgründen nicht verweigert werden kann bzw. die Kriegsdienstverweigerung unter Strafe steht und die Möglichkeit besteht, mit Zwang zum Wehrdienst mit der Waffe herangezogen zu werden (www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/wehrpflichtige-ukrainer-reisepass-innenminister-100.html), und setzt sich die Bundesregierung in den Verhandlungen mit den Innenministern der Bundesländer dafür ein, dass den Betroffenen Ersatzpässe ausgestellt werden, damit ihr Aufenthalt in Deutschland weiter bestehen bleiben kann, um nicht ggf. eine unfreiwillige Rekrutierung zu ermöglichen (www.jungewelt.de/artikel/474711.minister-ukraine-bei-rekrutierung-helfen.html)?

42. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Hat sich die Bundesregierung zu der zum Beispiel vom Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V. geäußerten Kritik, dass das geplante Gesetz zur Verhinderung „missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen“ alle binationalen Paare mit „Aufenthaltsrechtsgefälle“ unter Generalverdacht stelle, was unter anderem damit einhergehe, dass diese Paare hohe Kosten für DNA-Tests oder anwaltliche Gutachten tragen müssten, welche für viele nicht bezahlbar seien (<https://mediendienst-integration.de/artikel/fragen-und-antworten-zur-scheinvaterschaft.html>), eine Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese, und warum greift die Bundesregierung nicht auf mildere Mittel zurück, um Missbrauch vorzubeugen, etwa auf eine effektivere Durchsetzung der Unterhaltspflicht, wobei ich davon ausgehe, dass dies auch vermögenslose Männer treffen würde, weil Väter minderjähriger Kinder verpflichtet sind, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Unterhalt zahlen zu können, was auch die Annahme von Aushilfs- und Gelegenheitsarbeiten umfasst, worauf das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2013 hingewiesen hat (Beschluss vom 17. Dezember 2013 – 1 BvL 6/10, www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2013/12/1s20131217_1bvl000610.html)?
43. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Hat eine deutsche Stelle bzw. Behörde die Eintragung einer Ausschreibung zur Einreise- bzw. Aufenthaltsverweigerung für den palästinensisch-britischen Chirurgen Ghassan Abu-Sitta in das Schengener Informationssystem veranlasst, wie aus Presseberichten zu entnehmen ist (www.theguardian.com/world/article/2024/may/05/gaza-war-surgeon-ghassan-abu-sitta-feels-criminalised-denied-entry-france), und wenn ja, welche, und hält die Bundesregierung dieses Vorgehen für verhältnismäßig angesichts der etwa durch den Anwalt von Ghassan Abu-Sitta geäußerten Kritik, dass die Einreisesperre einen Versuch darstelle, einen Augenzeugen der Folgen des militärischen Vorgehens der israelischen Armee im Gaza-Streifen daran zu hindern, gegenüber Parlamentariern und Strafverfolgungsbehörden von seinen Beobachtungen und Erfahrungen zu berichten vor dem Hintergrund, dass Ghassan Abu-Sitta am ersten Mai-Wochenende nach Paris eingeladen war, um vor dem französischen Senat zu sprechen, was er aufgrund der gegen ihn verhängten Einreisesperre letztlich nur online aus dem Abschiebegewahrsam heraus tun konnte, und auch bereits dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Beweismaterial zur Verfügung gestellt hatte, wohin er nun ebenfalls nicht mehr reisen kann (vgl. ebd.)?

44. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell in der Datei „Gewalttäter Sport“ erfasst, und in welcher Weise soll diese Datei während der UEFA EURO 2024 durch Behörden und weitere Institutionen aus Deutschland, der Europäischen Union sowie weiteren Staaten Europas genutzt werden (siehe auch Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 46 auf Bundestagsdrucksache 20/8008)?
45. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- In welchen der zehn Ausrichterstädte der UEFA EURO 2024 wird nach Kenntnis der Bundesregierung bis zum Start der Fußball-Europameisterschaft am 14. Juni 2024 in den Stadien, auf den Hauptbahnhöfen sowie den umliegenden Flughäfen jeweils mindestens eine „Toilette für alle“ (hier geht es um eine barrierefreie Toilette zusätzlich ausgestattet mit einer Liege und einem Personen-Lifter, um Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit schweren und mehrfachen Behinderungen das Wechseln der Inkontinenzeinlage zu ermöglichen; siehe auch www.toiletten-fuer-alle.de), und was hat die Bundesregierung getan, um die Schaffung solcher „Toiletten für alle“ mit Blick auf den Anspruch, eine barrierefreie und inklusive Fußball-Europameisterschaft auszurichten, zu befördern?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

46. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil von Deutschen an den Leiterposten der Auslandsvertretungen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, und wie ist das Zahlenverhältnis innerhalb dieser Gruppe zwischen deutschen EU-Beamten und Diplomaten des deutschen Auswärtigen Dienstes?
47. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Welche für Deutschland gültigen (EU-)Sanktionen bestehen gegen chinesische und russische Hackergruppierungen, und wo steht die Bundesregierung in den seit 2022 laufenden Diskussionen um Hackbacks, die eine abschreckende Wirkung auf solche Hackergruppierungen entfalten könnten?

48. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Pflegen die Bundesregierung oder ihr nachgeordnete Behörden Kontakte mit der „Internationalen Medienhilfe“ bzw. unterstützen sie diese, und wenn ja, inwiefern (bitte ggf. für die Jahre 2020 bis 2023 aufführen; www.imh-service.de/)?
49. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Lassen die Bundesregierung bzw. ihr nachgeordnete Behörden deutschsprachigen Medien im außereuropäischen Ausland Unterstützung zukommen, und wenn ja, inwiefern (bitte ggf. für die Jahre 2020 bis 2023 aufführen)?
50. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Welchen Schiffen deutscher Provenienz (unter deutscher Flagge fahrend oder deutschen Reedereien gehörend) wurde nach Kenntnis der Bundesregierung gegebenenfalls in den vergangenen zwei Jahren die Durchfahrt durch die Taiwanstraße verwehrt vor dem Hintergrund, dass die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock äußerte, das Recht der friedlichen Durchfahrt gelte „wie in allen vergleichbaren Meeresgebieten, wo unsere und andere Schiffe langfahren“ auch für die Taiwanstraße, sodass auf dieser Grundlage eine Übungsmission der Fregatte „Baden-Württemberg“ und des Einsatzgruppenversorgers „Frankfurt am Main“ nach ihrer Teilnahme am US-geführten Manöver Rimpac 2024 im Pazifik im Rahmen einer „Präsenzfahrt“ durch die Taiwanstraße nicht ausgeschlossen wird (www.spiegel.de/politik/annalena-baerbock-schliesst-deutsche-fregatte-in-taiwanstrasse-nicht-aus-a-c1cef4b6-3117-47ea-9d14-bb231710d8ed), und inwiefern sieht die Bundesregierung in einer Durchquerung der Taiwanstraße mit Schiffen der Bundesmarine einen konstruktiven Beitrag zur Entspannung des Konflikts zwischen der Volksrepublik China und Taiwan im Rahmen der chinesischen „Ein-China-Politik“?
51. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über einen Resolutionsentwurf für die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel „International Day of Reflection and Commemoration of the 1995 Genocide in Srebrenica“ und dessen Initiatoren (vgl. www.euronews.com/2024/04/13/how-un-resolution-commemorating-1995-s-srebrenica-massacre-is-igniting-tensions, www.passblue.com/2024/04/16/serbia-is-resisting-a-un-general-assembly-plan-to-mark-the-srebrenica-genocide/), und welche Auswirkungen der Resolution erwartet die Bundesregierung auf die Region Westbalkan?

52. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund der geplanten Bodenoffensive auf Rafah keine weiteren Genehmigungen erteilen und die Lieferung von Rüstungsgütern an Israel stoppen, wie es beispielsweise die USA angekündigt haben (www.tagesschau.de vom 8. Mai 2024: „USA setzen Waffenlieferung an Israel aus“), und sieht die Bundesregierung weiterhin keinen Anlass, an der vollumfänglichen Einhaltung der Vorgaben des Völkerrechts durch Israel zu zweifeln (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 19, Plenarprotokoll 20/133; bitte jeweils begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

53. Abgeordnete
Heidi Reichinnek
(Gruppe Die Linke)
- Wird die Bundesregierung, nachdem sie bereits mehrfach sowohl vom UN-Frauenrechtsausschuss als auch vom Menschenrechtskommissariat der Vereinten Nationen dazu aufgefordert wurde, Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren und auch die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis kam, dass das 30 Jahre alte grundsätzliche strafrechtliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten zwölf Wochen verfassungs-, europa- und völkerrechtlich sowie medizinisch nicht haltbar ist, Schwangerschaftsabbrüche legalisieren, und wenn ja, bis wann wird es den ersten Referentenentwurf zum Reformvorhaben geben?
54. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele Fälle von Haftentlassungen bzw. Strafreduzierungen verurteilter Straftäter im Zuge der Cannabis-Legalisierung aufgrund des Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz) und der damit verbundenen Amnestieregelung für Cannabis-Delikte sind der Bundesregierung bislang bekannt, und zu wie vielen Haftentlassungen bzw. Strafreduzierungen für verurteilte Straftäter wird es nach Einschätzung der Bundesregierung in diesem Zusammenhang insgesamt kommen?

55. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass nach einer Forsa-Umfrage die Hälfte der Bevölkerung eine stärkere Regulierung von Mieten fordert (siehe dazu: www.berliner-zeitung.de/news/umfrage-zu-mieten-knappe-mehrheit-fuer-mehr-staatliche-regulierung-li.2212051), beispielsweise durch eine gesetzliche Begrenzung von Mieterhöhungen oder das Verbot der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, und was unternimmt die Bundesregierung dahingehend?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

56. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Wie wird sich die Mitarbeiterzahl der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in der kommenden Zeit und vor dem Hintergrund der entstehenden Kindergrundsicherung bei gleichzeitigem Ziel des Stellenabbaus der BA selbst entwickeln?
57. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Sieht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die meines Erachtens bestehende Gefahr einer Zersplitterung der Zuständigkeiten für soziale Leistungen durch die neue Digitalstrategie und ein damit einhergehendes Versanden der Digitalisierung, und wenn ja, wie plant das BMAS, dies zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

58. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Über welches zertifizierte Schutzniveau gemäß dem Standardisierungsübereinkommen der NATO STANAG 4569 verfügen die aus deutschen Haushaltsmitteln finanzierten und der Ukraine zugesagten militärischen Fahrzeuge (ausschließlich bezugnehmend auf die Modelle APC und MRAP; bitte jeweils das zertifizierte Schutzlevel, den Tag der Zertifizierung, den Durchführer der Zertifizierung nennen und angeben, ob es sich bei der Zertifizierung um einen tatsächlichen materiellen Nachweis oder eine auf Annahmen beruhende Simulation handelt), und entsprechen die auf der Plattform X (vormals Tweeter) gezeigten Fahrzeuge (vgl. <https://x.com/julianroepcke/status/1786813730442883483?s=46>) – ausschließlich auf Basis eines äußerlichen Vergleichs von charakteristischen Merkmalen wie Fahrzeugbau, Fahrzeugfarbe etc. – den in der ersten Teilfrage genannten Fahrzeugen?
59. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse hat das im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung angefertigte Gutachten zur Frage, in welchem Verhältnis der grundgesetzliche Auftrag einsatzbereiter Streitkräfte und die grundgesetzlich normierte Schuldenbremse zueinander stehen (www.spiegel.de/politik/deutschland/so-will-sich-boris-pistorius-von-der-schuldenbremse-befreien-a-d85d8458-5c62-432c-a4ab-b6c52c2d832d), ergeben, und zu welchem Ergebnis kommt das Gutachten bzw. die Rechtsauffassung des Bundesministeriums der Verteidigung zum Verhältnis von Schuldenbremse und anderen Ausgaben, die – wie die Verteidigungsausgaben – aus Aufgaben resultieren, die gemäß dem Grundgesetz dem Bund übertragen sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

60. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Wie ist nach Ansicht des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir die Aufhebung der Handelsbeschränkungen mit der Volksrepublik China für Rindfleisch und perspektivisch für Schweinefleisch mit der Ernährungsstrategie der Bundesregierung, die meiner Meinung nach auf eine Reduzierung des Fleischverzehrns gerichtet ist und eine Bevormundung darstellt, in Einklang zu bringen (vgl. www.nius.de/wirtschaft/steak-und-gummibaerchen-oezdemir-v-erkauft-den-chinesen-was-er-uns-verbieten-moechte/ed917f39-88ed-4d74-a2a5-ca322f7ec552; www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/033-china.html, jeweils zuletzt abgerufen am 18. April 2024)?